Nachholbedarf ja, Quote nein

Nach Studie der Gleichstellungsbeauftragten über geringen Frauenanteil in der Kommunalpolitik: Das sagen die Parteien

Sönke Rother

CDU sieht Marko Förster, Fraktionsvorsitzender im Kreistag und Kreisgeschäftsführer, auf einem guten Weg, auf dem man aber noch lange nicht am Ende sei. "Auf Kreisebene sind etwa ein Viertel unserer Mitglieder Frauen, vor fünf Jahren waren es nur rund 20 Prozent." Es würden immer mehr Mitglieder eintreten und davon "deutlich mehr Frauen". In starken Ortsverbänden wie Wilster, Wacken, Glückstadt oder Kellinghusen liege der Frauenanteil teilweise weit über 30 Prozent. Im Kreistag sei der Frauenanteil von 9 auf fast 18 Prozent annäh-

"Die Richtung stimmt, aber das ist insgesamt noch ausbaufähig."

Marko Förster CDU-Fraktionschef im Kreistag

rend verdoppelt worden. "Die Richtung stimmt, aber das ist insgesamt noch weiter ausbaufähig."

SPD-Fraktionsvorsitzender Rudolf Riep ist einerseits froh, dass im Kreistag die selbst auferlegte Quote von 40 Prozent erreicht wurde, aber "der Idealfall wäre sicherlich 50-50". Gerade vor dem Hintergrund, dass in den politischen Gremien auf Kreis-, aber vor allem auch Gemeindeebene häufig Themen besprochen würden, die zum Teil gerade die Frauen beträfen, "sollten die sich auch mehr einmischen".

Die Grünen verzeichnen auf Kreisebene



und in den Kommunen "wie gewohnt einen sehr hohen Frauenanteil", so Spre-

cherin Inken Carstensen-Herold. (Foto) "Die Wahlliste zur Kreistagswahl war durchgehend paritätisch besetzt, ebenso ist es die Grünen-Kreistagsfraktion mit vier Frauen und vier Män-



Die Ratsversammlung in Itzehoe (hier noch in alter Bestetzung): Viel mehr Männer als Frauen.

Symbolfoto: Lars Peter Ehrich

nern. Parteiübergreifend hält Carstensen-Herold aber fest: "Der Anteil reicht nicht aus. Er spiegelt nicht die realen gesellschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse wider."

Das sieht auch Tobias Rückerl so, der als Fraktionsvorsitzender die FDP und die Freien Wähler (FDP/FW) vertritt. "Der Frauenanteil in der FDP im Kreis Steinburg ist mit rund 35 Prozent sicher steigerungsfähig, und das ist auch unser Wunsch. Auch die Kreistagsfraktion FDP/FW mit bürgerlichen Mitgliedern hat einen Frauenanteil von 35 Prozent." Aber man würde es begrüßen, wenn sich mehr Frauen in der Kommunalpolitik engagieren würden. Das sei auch wichtig, da Frauen bei vielen Themen andere Sicht-Herangehensweisen hätten. Rückerl sagt: "Der Frauenanteil in der Kommunalpolitik reicht nicht aus."

Reinhard Zimmermann von der AfD hält den Anteil von Frauen in seiner Partei für "immer noch zu gering, obwohl gerade in letzter Zeit vermehrt Frauen eintreten. Insgesamt wäre es "sicherlich wünschenswert, wenn sich mehr Frauen für eine solche Kandidatur entschieden".

Bei der Bürgerliste Steinburg (BLS) beträgt der Frauenanteil im Kreistag inklusive der bürgerlichen Mitglieder 27 Prozent und "befindet sich damit im Durchschnitt der Kreistagsfraktionen", erklärt BLS-Sprecher **Sieg**-



fried Hansen (Foto). Bei den Bürgern für Glückstadt mit 38 Prozent und den Bürgern für Hohenlockstedt

mit 50 Prozent liege der Frauenanteil sogar deutlich über dem Durchschnitt. Dennoch würde sich die BLS freuen, "wenn sich noch deutlich mehr sachkundige Frauen als bisher in der Kommunalpolitik engagieren würden", so Hansen.

Für die Frage nach dem Warum gibt es klare Aussagen. Marko Förster sagt, es sei den Parteien und Wählervereinigungen bei dieser Kommunalwahl ohnehin "schwer gelungen, überhaupt Kandidaten zu finden". Und Tobias Rückerl sagt: "Um mehr Frauen in die Gremien zu bringen, müssen Frauen auch bereit sein zu kandidieren und sich zu engagieren. Und das Engagement beginnt nicht erst kurz vor Wahlen." Siegfried Hansen hat eine klare Antwort: "Die Wählerinnen und Wähler haben sich anders entschieden." In 22 von 23 Wahlkreisen hätten Frauen zur Direktwahl gestanden, wären diese gewählt worden "wäre der neue Kreistag mit einer Quote von mehr als 50 Prozent weiblich gewesen".

Aber auch die Vorausset-

zungen mit zum Teil späten und langen Sitzungen schrecke gerade die Frauen eher ab. Die Wege, mehr Frauen für die politische Arbeit zu motivieren, können also vielfältig sein. Rudolf Riep sieht bei seiner SPD "langfristige Bemühungen" – auch gemeinsam mit dem kommunalpolitischen Frauennetzwerk KoPF, das die Sozialdemokraten maßgeblich mit angeschoben hätten. "Aber es bleibt ein langwieriger Prozess", denn: "Es geht dabei auch um die Vereinbarkeit von Familie und Politik."

Neben der Länge und dem Beginn von Sitzungen sei es

"Es geht dabei auch um die Vereinbarkeit von Familie und Politik."

Rudolf Riep SPD-Fraktionsvorsitzender

inzwischen auch möglich, an Sitzungen digital teilzunehmen. "Oder die Sitzungen finden mal dort statt, wo nebenan auch eine Kinderbetreuung angeboten werden kann", schlägt Riep vor. Auch Marko Förster sieht in kürzeren Sitzungen und einer vernünftigen Anfangszeit wichtige Ansatzpunkte. "Wenn wir Menschen aus der Mitte der Gesellschaft in den Parlamenten haben wollen, müssen wir die Rahmenbe-

dingungen dafür schaffen", stellt der Christdemokrat klar. Offen sind die Parteien übergreifend für Menschen, die sich die politische Arbeit anschauen und vielleicht anfangs als bürgerliches Mitglied mitwirken möchten.

Eine Quote halten SPD und Grüne für "unbedingt notwendig", sagt Inken Carstensen-Herold von den Grünen. Auch Rudolf Riep sieht sie als möglichen Anreiz. "Bei der gesetzlichen Quote für Aufsichtsräte hat es funktioniert. Und wenn es dann keine Frau gibt, bleibt der Platz eben leer."

Die anderen Fraktionen halten nichts von "Quoten, und ebenso wenig von Quotenfrauen", sagt Förster. "Wir brauchen keine Quoten, wir brauchen Menschen, die Bock haben, Politik mitzugestalten, und die gilt es abzuholen." Ähnlich sieht es Tobias Rückerl: "Quoten sind keine Lösung, sondern führen eher dazu, dass nicht geeignete Personen in Gremien kommen, sondern, Quotenpersonen, die nicht aufgrund ihres Wissens, ihrer Leistung und Erfahrung in Gremien kommen, sondern allein Aufgrund ihrer sexuellen Identität."

Der AfD-Abgeordnete Reinhard Zimmermann sieht in einer Quote möglicherweise die "Verhinderung der Bestenauslese". Und BLS-Sprecher Hansen sieht möglicherweise die Demokratie gefährdet: "Wenn mindestens 50 Prozent Frauen die Wahlkreise besetzen müssten, könnten so manche Parteien und Wählergruppen in einigen Kommunen und im Kreis gar nicht antreten."

Ehrenamt zu unattraktiv

KOMMENTAR



Sönke Rother sro@shz.de

In den politischen Gremien sitzen in Mehrheit weiße Männer mittleren und fortgeschrittenen Alters. Und die sollen über frühere Anfangszeiten und kürzere Sitzungsdauer entscheiden, damit künftig Frauen auf ihren Stühlen sitzen? Ja, sollen sie. Nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, engagieren sich die Menschen.

Die Gemeindevertretungen und der Kreistag sind dabei die politische Basis, und die ist auf engagierte Ehrenamtler angewiesen. Anfangszeiten und Sitzungsdauer sind nur ein erster Schritt für ein attraktives Ehrenamt. Auch ein Betreuungszuschuss für die Sitzungszeit kann einen Anreiz schaffen.

Nur wenn Sitzungszeiten mit dem Privatund Familienleben kompatibel sind, engagieren sich die kritischen, kreativen und kompetenten Köpfe – Männer und Frauen.

